

Sozialwissenschaftliche Studie überMorgen. Der gesellschaftspolitische Diskurs.

(Auszug - Kapitel 4)

Autor: Fred Luks

www.fredluks.com, mail@fredluks.com

Der vorliegende Text ist ein Auszug aus der Sozialwissenschaftlichen Studie zum Projekt „überMorgen. Der Gesellschaftspolitische Diskurs“. überMorgen ist eine Initiative der Industriellenvereinigung (IV) gemeinsam mit dem Österreichischen Roten Kreuz und der ERSTE Stiftung. Das Projekt setzt sich das Ziel gesellschaftspolitische Zukunftsthemen mit einem breiten Spektrum der Bevölkerung zu thematisieren und zu diskutieren, zu einem besseren Verständnis gesellschaftspolitischer Sachverhalte beizutragen und Ideen für positive Zukunftsbilder zu liefern.

Die sozialwissenschaftliche Studie dient der Aufarbeitung des Diskussionstandes zu zwölf Themenkomplexen und jenen Fragen, die die Beteiligten für zentral für das Projekt halten. Der Text ist einerseits ein für sich selbst stehender Diskussionsbeitrag, er ist aber auch als Vor-Arbeit für die Diskussionsveranstaltungen zu verstehen, die im Rahmen des Projekts stattfinden werden sowie ein Element der Formulierung von Zukunftsbildern.¹

Inhalt der Studie

0. Ein gesellschaftspolitischer Diskurs für Österreich
 1. Erfolg und Scheitern
 2. Freiheit, (Eigen-)Verantwortung und Solidarität
 3. Demokratie, Teilhabe und Gestaltungsmacht
 4. Bildung und Wissen, Vernunft und Irrationalität, Fakten und Fake-News
 5. Diversität, Offenheit und Geschlossenheit
 6. Polarisierung und Spaltung, Beschleunigung und Eskalation
 7. Umwelt, Nachhaltigkeit und Resilienz
 8. Demographie, Familie, Kinder, Stadt / Land
 9. Arbeit und Muße in Zeiten der Digitalisierung
 10. Wohlstand und Wirtschaft
 11. Innovation und Exnovation
 12. Zukunftsangst und Zukunftsoptimismus
 13. Schlussfolgerungen. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens

Auszug Kapitel 4

Bildung und Wissen, Vernunft und Irrationalität, Fakten und Fake-News

Wissen(schaft), gefühltes Wissen und politische Korrektheit

Die Wahrheit hat einen schweren Stand, wenn „Fake“ ein Zentralbegriff des öffentlichen Diskurses geworden ist (vgl. auch Economist 2017a). „Gefühltes Wissen“ spielt in diesem Diskurs heute eine massive Rolle, wie sich beispielsweise an Themen wie Globalisierung, Migration und Klimawandel zeigt. Auch im wissenschaftlichen Bereich spielt der Begriff des „Fake“ eine Rolle. Vor allem bezieht er sich auf das Aufkommen des sogenannten *predatory publishing*, bei dem Beiträge von zweifelhafter Qualität in Journalen veröffentlicht werden, die zwar oft reputierliche Namen tragen, aber kaum oder gar keinen Aufwand betreiben, was die wissenschaftliche Qualitätssicherung angeht. Diese Entwicklung wurde nicht nur durch kriminelle Energie ermöglicht, sondern auch durch das Wissenschaftssystem selbst befördert, dessen Karrierewege nahezu manisch auf der Anzahl von Veröffentlichungen und Zitationen basieren.

Ein weiterer Faktor ist das Verschwimmen der Grenze zwischen Wissenschaft und Politik. Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung gibt es seit langem – mit bestenfalls gemischten Resultaten. Wichtiger ist die Nähe von Wissenschaft und Politik beim Klimathema. Insbesondere die große Rolle, die der Internationale Klimarat (IPCC: Intergovernmental Panel on Climate Change) hier spielt, hat immer wieder zum Verdacht einer ungebührlichen Vermischung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischen Vorschlägen geführt. Das diese Grenzziehung unklarer wird, liegt am Thema – Ereignisse wie Climate Gate haben der Sache freilich nicht gut getan.

Dazu kommt, dass politische Korrektheit vor allem an Universitäten eine relevante Rolle spielt und ein Zensurhabitus vom Wissenschaftssystem in andere Bereiche der Gesellschaft ausbreitet. Gegenreaktionen sind bereits spürbar und politikrelevant: So sehen manche Beobachter den Einspruch gegen „korrekten“ Tugendterror zu den Ursachen für die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten (vgl. z.B. Fukuyama 2019, 144).

„Politische Korrektheit“ ist insoweit ein paradoxer Gegenstand, weil ihr Ursprung wesentlich im Ringen um Nicht-Diskriminierung, Gerechtigkeit und Toleranz liegt. Carlo Strenger (2015, 20) bringt es gut auf den Punkt:

„Wir stehen (...) vor der absurden Situation, dass der vorgeblich tolerante, faire und für kulturelle Unterschiede sensibilisierte Westen selbst zum Opfer jener Intoleranz geworden ist, die mit der Idee der politischen Korrektheit bekämpft werden sollte. Das nenne ich ein phänomenales Eigentor.“

Wer die im Schatten von PC gesteigerten Empfindlichkeiten einmal live erlebt hat, wird um den Befund nicht herumkommen, dass Korrektheitsbestrebungen heute zu Lasten der Freiheit des Diskurses gehen. Korrektheitskultur führt, nicht zuletzt in Bildungseinrichtungen, zu Denk- und Spracheinschränkungen, die sich eine Gesellschaft nicht leisten kann, wenn sie sich positiv entwickeln will.

Streng genommen gibt es – zumindest im Westen – (fast) keine ausdrücklichen Sprech- und Schreibverbote. Alles sagen und schreiben zu dürfen, gilt gleichsam offiziell als Kerneigenschaft der westlichen Lebensweise. Doch auch wenn man die Einhaltung eines Denkverbotes kaum kontrollieren könnte und auch wenn im juristischen Sinne (mit Ausnahmen) keine realen Verbote des Sprechens und Schreibens existieren: Das, was man *political correctness* nennt, wirkt ganz wesentlich bei Themen wie Migration, Integration und Geschlechtergerechtigkeit – und zwar so, dass ihre Wirkung den Konsequenzen „echter“ Zensur recht nahe kommt. Hier liegt wohl einer der schwerwiegendsten

Effekte von PC: die Selbstbeschränkung von Personen, die Preis für eine offene Meinungsäußerung für sich selbst als zu hoch veranschlagen.

Dazu, dass „korrektes“ oder „gefühltes“ Wissen an Bedeutung gewinnt, kann auch die Politik beitragen, wenn sie wissenschaftliches Wissen verächtlich macht oder negiert. Das gehört zum populistischen Kerngeschäft (Luks 2014), hat aber mittlerweile auch den Mainstream erreicht. Das Paradebeispiel ist bekanntlich Donald Trump. Aber nicht nur in Washington, auch in Wien gibt es Probleme mit wissenschaftlichem Wissen. So setzt die Bundesregierung explizit nicht auf anerkannte Fachleute, sondern auf eigene „Think Tanks“ wie „Think Austria“ oder „Denkwerk zukunftsreich“ (auch beim Finden dieses Titels waren keine Experten geladen... [der Name musste mittlerweile geändert werden]) (Tóth 2019) In den Worten eines Hochschullehrers: „Wer die politischen Vorgaben nicht teilt, hat seine Expertenkompetenz verloren.“ (Schwaighofer 2019) Das mag nicht immer und überall der Fall sein, aber als Tendenzbeschreibung trifft diese Aussage im Jahre 2019 in Österreich wohl auf Felder wie Klimawandel und Strafrecht zu.

Diese Situation vermag auch aufzuhellen, warum Mythen, Gerüchte und offensichtliche Falschaussagen im öffentlichen Diskurs eine so wichtige Bedeutung haben.

Politische Mythen und ihre Dekonstruktion

Begriffe wie Mythos und Legende sind relevant für den derzeitigen Stand der Dinge. Denn: Die Konjunktur von „Fake“, Falschnachrichten und Fehlinformationen führen zu einem Bedeutungsgewinn von Mythen und Legenden in einem denkbar prosaischen Sinne. Der lässige oder bewusst irreführende Umgang mit Fakten macht die eine sachliche und zielführende Diskussion aller der hier erörterten Themen zu einem problematischen Unterfangen. Wenn Verschwörungstheorien, „gefühltes Wissen“ und eine gewisse Geringschätzung von Bildung um sich greifen, wird rationaler Diskurs immer schwieriger.

Dabei sind Mythen, streng genommen und anders als in der Alltagssprache oft üblich, von glatten Lügen zu unterscheiden: Mythen, schreibt der Politikwissenschaftler Herfried Münkler (2008), sind „Erzählungen, denen es nicht um historische *Wahrheit*, sondern politische *Bedeutsamkeit*“ geht (Herv. FL). Für unser Thema ist relevant, dass politische Mythen häufig in Krisen- und Umbruchzeiten Konjunktur haben (Hein-Kircher 2007). So kann es nicht verwundern, wenn in Österreich vor jedem Fußballspiel das „Wunder von Cordoba“ (in Deutschland: die „Schande von Cordoba“) bemüht wird und dass sich die Deutschen in ökonomisch schwierigen Zeiten gerne auf das „Wirtschaftswunder“ der 1950er und 1960er Jahre besinnen. „Wunder“ sind Mythen, weshalb ihre Bedeutung nicht durch Aufklärung aus der Welt zu schaffen ist. Mythen lassen sich nicht durch die Wahrheit „entmythisieren“, sondern höchstens durch erfolgreiche Gegenerzählungen.

Anders ist es bei politischen und anderen Lügen, deren Bedeutung durch die Präsidentschaft Trumps ungeahnte Höhen erreicht hat. Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen (2018, 39ff.) beschreibt die „Angst vor dem postfaktischen Zeitalter“. Er hält diese Angst für übertrieben und die These vom Epochenbruch für falsch, sieht aber auch, dass „die Ruhebänk fester Wahrheiten vor aller Augen demoliert“ wird (44; vgl. auch 218). In der Tat ist der Glaube, „früher“ sei die Scheidung von Wahrheit und Lüge einfach gewesen, empirisch nicht haltbar. Gleichwohl ist klar, dass sich die Bedingungen für produktive Diskurse durch die Digitalisierung schnell und radikal verändert haben und weiterhin ändern.

Doch wie kommt es, dass „falsche Fakten“ sich als so persistent erweisen? Es gibt zum einen, daran kann kein Zweifel bestehen, die absichtsvolle Produktion und Orchestrierung von Lügen, Halbwahrheiten und Verschwörungstheorien. Dafür gibt es politische und ökonomische Ursachen und wohl auch das private Motiv des destruktiven Agierens in sogenannten sozialen Netzwerken. Derlei

Aktivitäten könnten freilich nur dann ein gewisses Maß an Erfolg erzielen, wenn „Angebote“ auch auf eine entsprechende „Nachfrage“ treffen.

Ein anderer Grund für die Nachfrage ist wohl die Sehnsucht nach Orientierung in unübersichtlichen Zeiten (auf diese Sehnsucht wird ausführlich in [Kapitel 12](#) eingegangen). Zugespitzt: Wenn die Menschen nicht an Gott glauben, glauben sie an irgendetwas anderes. So hat die Persistenz von Mythen, Lügen und Halbwahrheiten gewiss mit der von Pörksen (2018, 53ff.) konstatierten „Entfesselung des Bestätigungsdenken“ zu tun. Dieser Zusammenhang erhellt zumindest den Erfolg von Verschwörungstheorien, etwa zu Themen wie 9/11, „Chemtrails“ und politischen Weltverschwörungen. Ein weiterer Grund ist schlicht Uninformiertheit und / oder mangelnde Kritikfähigkeit: Wer nichts weiß, muss alles glauben. Und wer (zu) wenig weiß, muss (zu) vieles glauben. Bildung wird damit nicht nur für Karriereaussichten zu einem entscheidenden Faktor, sondern zu einem geradezu vitalen Element freiheitlichen Zusammenlebens. Kompetenzen wie Kritikfähigkeit und „lernen zu lernen“ sind zentral für eine funktionierende Demokratie.

Umso wichtiger ist es, Strategien zu entwickeln, *Fake News* auszuhebeln und (jungen) Menschen die Kompetenzen zu vermitteln, die man in einer komplexen Welt benötigt, um ein Leben in Freiheit und Verantwortung leben zu können. Der Bildung kommt hier eine entscheidende Rolle zu.

Die neue Relevanz von Bildung, Leistung und Exzellenz

Vor dem eben skizzierten Hintergrund kommt Bildung eine noch größere Bedeutung zu als ohnehin schon: Wenn Demokratie (auch) von rationalen Diskursen und faktenbasierten Entscheidungen lebt, sind die für diese Diskurse notwendigen Kompetenzen ganz wesentlich auch ein Bildungsauftrag. Die Paradoxien der Gegenwart auszuhalten, Ambiguitätstoleranz auszubilden, Wahrheit und *Fake* auseinanderzuhalten, Kritik zu üben und auszuhalten – diese Kompetenzen sind zentral für eine gute Entwicklung der Gesellschaft (vgl. Luks 2018c). Bildung ist in der Tat eine „Stellschraube“ von enormer Bedeutung (IV 2012, 29). Bildung ist heute, wohl noch mehr als in der industriell geprägten Moderne, ein absolut zentraler Faktor für Chancen am Arbeitsmarkt und die Verwirklichung von Lebenszielen. In einem kulturell geprägten Wirtschaftssystem – manche sprechen gar vom „kulturellen“ (Reckwitz 2017) oder vom „mental Kapitalismus“ (Franck 2005) – ist Bildung eine entscheidende Variable dafür, ob man einen (guten) Arbeitsplatz finden kann. Das ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil in dieser Wirtschaftsweise die Arbeitsmöglichkeiten für geringer qualifizierte Personen quantitativ zurückgehen. Das hat ökonomische ebenso wie kulturelle Implikationen (siehe unten [Kapitel 6](#)) – und eben auch wesentlich edukative.

Dies gilt nicht zuletzt für zugewanderte Menschen. Dass Bildung – ähnlich wie berufliche Beschäftigung – ein zentraler Faktor für erfolgreiche Integration ist, dürfte unstrittig sein. Dabei sind sprachliche Kompetenzen bekanntlich von entscheidender Bedeutung. Sprache ist aber nicht nur eine Folge von Bildung, sondern auch ihre Voraussetzung: Wenn Kinder in ihren Elternhäusern unzureichend Deutsch lernen (können), ist dies für alle Beteiligten – nicht zuletzt die Mitschülerinnen und Mitschüler – ein Problem: eines, für das eine gelingende, zukunftsfähige Gesellschaft überzeugende Lösungen finden muss.

Die Vielfalt von Erwartungen, die heute an das Bildungssystem herangetragen werden und die Vielzahl von Zielen – wie zu Beispiel Förderung von Exzellenz, Leistung und neugieriger Offenheit, Stärkung der MINT-Fächer, politische, ökonomische und digitale *literacy*, staatsbürgerliche Kompetenzen – ist eine große Herausforderung für alle Bildungsinstitutionen. Sicher ist: Ein Bildungssystem mit dem Wahlspruch „So klug wie nötig, so dumm wie möglich“ ist nicht zukunftsfähig. Das gilt demokratiepolitisch, aber natürlich auch wirtschaftspolitisch. In einem hoch kompetitiven Umfeld ist es gerade für eine kleine, wesentlich exportbasierte Volkswirtschaft unerlässlich, Leistungsorientierung und Exzellenz zu fördern. Zur Exzellenz

gehört ganz wesentlich auch die Diversität. Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit, dass diverse Teams produktiver sind als Gruppen, die aus sehr ähnlichen Personen bestehen – und diese Erkenntnis gilt von der Einzelhandelsfiliale bis zur Vorstandsebene eines börsennotierten Unternehmens.

Diese Relevanz von Leistung und Bildung ist unstrittig, Leitbilder wie „lebenslanges Lernen“ sind heute Mainstream. Und es ist bezeichnend, dass der „Wirtschaftsnobelpreis“ jüngst mit Paul Romer an einen Ökonomen vergeben wurde, dessen wesentliche Leistung im „Einbau“ von Bildung in die makroökonomische Theoriewelt besteht.

Mit Blick auf die Digitalisierung hat Bildung nicht nur im Sinne der Ausbildung mathematischer und technischer Kompetenzen allerhöchste Bedeutung (vgl. dazu IV 2018a). Pörksen (2018, 21) sieht in der neuen, digital veränderten, Informationswelt „eine gesellschaftlich noch unverstandene, noch gar nicht entzifferte Bildungsherausforderung.“ Pörksen (2018, 186ff.) schließt hieraus die Forderung nach einer „redaktionellen Gesellschaft“, die sich an einem idealen Journalismus und an Prinzipien wie Wahrheitsorientierung, Skepsis und Transparenz orientieren soll. Den Ort der Verwirklichung dieser Utopie sieht er nicht zuletzt im Bildungssystem.

Wie wir in [Kapitel 11](#) noch sehen werden, sind Offenheit und Vielfalt wichtige Faktoren für die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Auch hier kommt der Bildung eine zentrale Rolle zu. Jenseits des Innovationsthemas sind diese Kompetenzen aber in vielerlei Hinsicht wichtig für eine gelingende Gesellschaft. So populär diese Werte in weiten Kreisen sind – sie sind *nicht* unumstritten. Dieser Streit ist ein wichtiger Faktor für die hier verschiedentlich konstatierten Polarisierungstendenzen. Wie sich Bekenntnisse zu Vielfalt und Offenheit mit dem offenbar auch bestehenden Bedürfnis nach Übersichtlichkeit und Geschlossenheit vertragen, ist Gegenstand des [folgenden Kapitels](#).

Das gesamte Literaturverzeichnis finden Sie [hier](#).